



Mobilfunk

Atompolitik

Natur-
schutz

umwelt⁰¹²⁰⁰³
stadt
Nachrichten der Wiener Umweltschutz

umwelt⁰¹²⁰⁰⁹
stadt
Nachrichten der Wiener Umweltschutz

Lohnen &
Lohnen

Abfallbehandlungsanlagen
Positionspapier GATS
Nachbarrecht
Für die Umwelt.

10 Jahre
WUA

15 Jahre WUA

SUPER NOW - Monitoringbericht
Das neue Regierungsprogramm
Nationaler Biomasseaktionsplan

umwelt⁰¹²⁰⁰⁸
stadt
Nachrichten der Wiener Umweltschutz

Aktuelle Studie zum KKW Temelin
Klimaanlagen – uncool für das Klima
Umgebungslärmkarten
Für die Umwelt. Im Interesse aller Wienerinnen und Wiener.
Nachrichten der Wiener Umweltschutz

Massen-Nutzung:
Chance oder Risiko

Umwelt &
Gesundheit

Neues zur UVP

Fachtagung Vogelanprall an Glasflächen
PUMA: Thailändische Delegation

EU-Erweiterung
Ozon

15 Jahre Wiener Umweltschutz

Die WUA und der Umweltschutz im Wandel der Zeit

*Und sie sägten an den Ästen,
auf denen sie saßen
und schrien sich zu ihre Erfahrungen,
wie man besser sägen könne.
Und fuhren mit Krachen in die Tiefe.
Und die ihnen zusahen beim Sägen
schüttelten die Köpfe und
sägten kräftig weiter.*

Bertholt Brecht

Aller Anfang ist schwer?

Man schrieb das Jahr 1994 als die Wiener Umweltschutzbehörde vor mehr als 15 Jahren das Licht der Welt erblickte. Umweltschutz und Naturschutz hatten eine große Akzeptanz erreicht. Die Volksabstimmung um das AKW Zwentendorf lag 16 Jahre zurück (1978) und das Unglück in Tschernobyl, vor damals nicht einmal 8 Jahren (1986), waren noch in guter Erinnerung. 10 Jahre war es her als 1984 die Zerstörung der Hainburger Au verhindert wurde, womit auch die damals noch junge Grünbewegung in Österreich Auftrieb bekam. Zu dieser Zeit wurde auch der Gedanke eines umfassenden Umweltschutzes in der Bundesverfassung verankert. Das Vorsorgeprinzip fand generell Eingang in die Umweltgesetzgebung. Aus dem Wunsch nach Verfahrenskonzentration bei großen Projekten und auf Grund der mangelnden Bürgerbeteiligung, wurde auch die Forderung nach einer Demokratisierung des Verwaltungsverfahrens immer lauter. Als Folge trat 1993 als Meilenstein in der Umweltgesetzgebung das Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz in Kraft. Die Frage in welcher Form die BürgerInnen einzubinden sind und wer nun tatsächlich als „Betroffene“ zu gelten hat, wurde eifrig diskutiert. Bald stand außer Frage, dass der Einrichtung eines Umweltschutzes, die zu dieser Zeit bereits in einigen anderen Bundesländern eingeführt worden war, die volle Parteistellung im Genehmigungsverfahren nach dem UVP-Gesetz einzuräumen ist. Zunächst sah der Entwurf des

UVP-Gesetzes eine Parteistellung nur für betroffene BürgerInnen und den Umweltschutzanwalt vor, nicht aber für Bürgerinitiativen. Schließlich bekamen auch Gruppen von initiativen BürgerInnen aus den betroffenen Gemeinden Parteistellung.

Nationalratsabgeordnete Petra Bayr

Ich kenne die Wiener Umweltschutzbehörde aus vielen Perspektiven: einstmals als Gemeinderätin bei den Hearings für die Umweltschutzbehörde, als Kommunalpolitikerin als kompetentes und lautes Sprachrohr für Naturschutzinteressen der Stadt und als Nationalratsabgeordnete als starke und gut vernetzte Partnerin beim Umsetzen von den Interessen der Umwelt. Ich wünsche der WUA und ihrem tollen Team auch für die nächsten Jahrzehnte viel Energie, Visionen und einen langen Atem beim Kampf auf der Seite einer gesunden Umwelt.

Die stärkste Motivation für die Forderung nach einer Einrichtung von Umweltschutzbehörden war darin zu sehen, dass das österreichische Rechtssystem – genauso wie das deutsche – vom Schutz der subjektiven Rechte der Betroffenen ausgeht. Zur Herstellung des Gleichgewichtes im Verfahren, zur Sicherung der öffentlichen Umweltschutz- und Naturschutzinteressen und aus einer unabhängigen Position sollten Umweltschutzbehörden tätig werden. Der Umweltschutzanwalt wurde als weisungsfreie Einrichtung vom jeweiligen Landesgesetzgeber damit beauftragt an umweltbezogenen Verwaltungsverfahren als Partei teilzunehmen.

Als direkte Folge des UVP-Gesetzes wurde mit dem Wiener Umweltschutzgesetz 1993 in Wien eine Umweltschutzbehörde eingerichtet. Die Wiener Umweltschutzbehörde nahm Anfang 1994 ihre Tätigkeit im vollen Umfang auf. Anfangs war sie vor allem Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger für Fragen, Probleme und Informationen, die den Umwelt- und Naturschutz betrafen. Die Parteistellung im Rahmen von Verwaltungsverfahren mit der Aufgabe die objektiven Interessen des Umweltschutzes zu vertreten, wurde von

Anfang an ausgeübt. Der Wandel des Umweltschutzgedankens Anfang der 1990-er Jahre war geprägt durch Internationalisierung, die Ergebnisse der UN-Konferenz von Rio 1992 mit dem Arbeitsprogramm für das 21. Jahrhundert (Agenda21) umzusetzen, und damit gewann vorsorgender Umweltschutz noch an Bedeutung und Akzeptanz. Die Erkenntnis, dass vor allem die Entstehung von Umweltproblemen an der Quelle verhindert werden muss, hatte sich durchgesetzt. Damit war auch die Idee der Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit ein weiteres prägendes Element in der Umweltschutzdiskussion geworden. Neue Schadstoff- und Umweltprobleme, die oft für den Einzelnen nicht so sichtbar waren, bestimmten und bestimmen die aktuelle Umweltschutzdiskussion wie Ozon, halogenierte Kohlenwasserstoffe, Stickoxide, Feinstaub und der stattfindende Klimawandel. Trotz dieser neuen Herausforderungen, schien es als würde sich Österreich zu sehr auf dem Erreichten ausruhen und sich von einer Vorreiterrolle in Sachen Umweltschutz in die zweite Reihe zurückziehen. Laufende Novellierungen von umweltrelevanten Gesetzesmaterien, wie beispielsweise des UVP-Gesetzes und des Betriebsanlagenrechtes, brachten nicht nur Fortschritte, sondern in vielen Punkten auch Rückschritte – vor allem im Bereich der Rechte der BürgerInnen. Die Mitgliedschaft Österreichs in der EU trug mit der Umweltschutzgesetzgebung der Gemeinschaft und der Umsetzung in nationales Recht dazu bei, dass bestimmte Umweltstandards eingehalten werden. In vielen Fällen wurden allerdings nur die Mindeststandards gesetzlich festgeschrieben und der Spielraum national bessere Umweltstandards einzuführen nicht genutzt.

WUA-Arbeit von 1994 bis heute – nie alltäglich!

Vor diesem umweltpolitischen Hintergrund entwickelte sich die Wiener Umweltschutzbehörde vor allem in dem fruchtbaren Dialog mit Politik, Verwaltung, Wirtschaft, BürgerInnen, Wissenschaft und NGOs sehr selbstbewusst und auf Grund der hohen fachlichen Qualifikation ihrer MitarbeiterInnen zu einer Institution, die sich

auch vermehrt aktueller Umweltthemen und Problemen annahm. Viele Anläufe für den Wiener Bereich auf strategischer Ebene Lösungsvorschläge zu erarbeiten oder zu initiieren waren erfolgreich.

DI Dr. Wolfgang Lauber, Bundesarbeitskammer

Für mich war und ist die Wiener Umweltanwaltschaft eine Einrichtung, deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich kompetent, engagiert und freundlich zeigen – und dazu auch noch kritisch. Da auch wir solche Gesprächspartner brauchen, wünsche ich der Wiener Umweltanwaltschaft viele weitere unabhängige Jahre.

Immer wieder musste die Umweltanwaltschaft in der täglichen Arbeit feststellen, dass im Umweltbereich Dinge sehr oft eindimensional, vereinfacht, polarisierend dargestellt werden – auch in der politischen Diskussion und in den Medien. Ihr war es daher immer ein wichtiges Anliegen, keine Schwarzmalerei zu betreiben, sondern auf komplexe Zusammenhänge im Umweltbereich hinzuweisen und diese in sachlichen Diskussionen so darzustellen, dass Lösungen möglich wurden. Dem Geschick der ersten Umweltanwältin Dr. Karin Büchl-Krammerstätter ist die Positionierung der Umweltanwaltschaft als Mittlerin von BürgerInnen, Verwaltung und Politik zu verdanken. Aktiv wurden die Instrumente des Konfliktmanagements im Umweltbereich unterstützt, initiiert und eingesetzt. Als Beispiel von vielen ist hier die Initiative zum Zustandekommen der Flughafenmediation und die ständige Teilnahme daran zu nennen. Auch die Bemühungen um die ersten Pilotprojekte einer Strategischen Umweltprüfung (SUPER-NOW und Abfall-SUP) in Wien, die heute noch als Best-Practice Beispiele dienen, sind in diesem Zusammenhang hervorzuheben. Meist war es dabei möglich, einen Konsens zwischen Umwelt- und Wirtschaftsinteressen zu finden, gelegentlich waren aber die gegensätzlichen Standpunkte nicht vereinbar. Im Laufe der Jahre wurde die WUA zu einer nicht nur in Umweltschutzkreisen anerkannten Institution, auch Medien lernten die fundierten und niemals überzogenen Stellungnah-

men zu schätzen. Die Professionalisierung der Akteure im Umweltschutz fand auch in der WUA statt. Wachsende Erfahrung führte zu gezielterem Einsatz der Kräfte und somit auch zu mehr inhaltlichen Erfolgen. Trotzdem waren natürlich auch Misserfolge zu verdauen.

So mancher Personalwechsel im Team der WUA brachte frischen Wind. Dr. Andrea Schnattinger setzte als „neue“ Umweltanwältin ab 2002 zusätzliche Schwerpunkte im Bereich der Stadtökologie, Energiepolitik und in der Internationalisierung der WUA-Arbeit. Sie arbeitete mit dem bewährten Team weiter und hat es mit viel Geschick erreicht die Effizienz und die strategische Ausrichtung der WUA weiter zu verbessern. Neue TeammitarbeiterInnen wurden schnell integriert und immer wieder mit RotiererInnen und PraktikantInnen von innerhalb und außerhalb des Magistrats unterstützt.

Heinz Gerstbach, Bezirksvorsteher für den 13. Bezirk

15 Jahre Umweltanwaltschaft – eine Erfolgsgeschichte: Vielfältig sind die Aufgaben der Wiener Umweltanwaltschaft und zahlreich sind die Kontakte, die ich mit ihr hatte. Als Vertreterin der Bevölkerung vertritt sie uns in allen Belangen des Umweltschutzes, sie behandelt aber auch zahlreiche Anfragen und Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern. Meinen intensivsten Kontakt hatte ich während des mehrere Jahre dauernden Mediationsverfahren zum Flugverkehr, wo sie engagiert die Anliegen der betroffenen Menschen vertrat, nicht immer zur Freude aller am Verfahren beteiligten Stellen! Herzliche Gratulation zum Jubiläum und viel Erfolg für die Zukunft.

In naturschutz- und baubehördlichen Verfahren werden nun Anliegen der WUA vielfach bereits in der Planungsphase integriert, was eine Beschleunigung des Verwaltungsablaufes bedeutet. Durch die frühzeitige Einbindung der Umweltanwaltschaft bei konfliktträchtigen Themen und Fällen gelingt es meist, kritische Punkte schon im Vorfeld abzuklären und gemeinsam gute Lösungen im Konsens zu erarbeiten. Dadurch ist es die Ausnahme,

dass die WUA zum Mittel der Berufung und Beschwerdeerhebung greifen muss – manchmal wird der Schritt allerdings notwendig.

Auch innerhalb des Magistrats engagiert sich die Wiener Umweltanwaltschaft immer mehr und vermittelt die Bedeutung des Umweltschutzes an KollegInnen. Vor allem das Projekt Umweltmanagement für Amtshäuser (PUMA), das sich ebenfalls auf Initiative der Umweltanwaltschaft von einem Pilotprojekt zu einer dauerhaften Einrichtung entwickelt hat, ist zu nennen. Die Projektleitung ist nun bei der Umweltanwaltschaft angesiedelt. Besonders stark engagiert sie sich auch im Rahmen des Klimaschutzprogramms und nimmt eine aktive Rolle im Klimaschutznetzwerk ein.

Um den Gedanken des Naturschutzes bereits jenen nahe zu bringen, die morgen die Verantwortung für die Welt haben, führt die Umweltanwaltschaft verschiedene Projekte mit Kindern und Schulklassen durch, wie das Projekt „Schmetterlingswiese im Donaupark“.

Einen weiteren umfangreichen Aufgabenbereich erhielt die Umweltanwaltschaft im Jahr 2002. Bürgermeister Dr. Michael Häupl ersuchte die Wiener Umweltanwaltschaft die Aufgaben der Atomschutzbeauftragten für Wien zu übernehmen. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Stadt Wien nicht nur den ersten tatsächlichen nuklearen Notstand in Folge der Katastrophe von Tschernobyl bewältigt, sondern auch die Errichtung von zwei Reaktoren in Mochovce intensiv bekämpft. Die Wiener Umweltanwaltschaft als unabhängige und weisungsfreie Einrichtung des Landes Wien wurde als geeignetste Stelle ausgewählt und vom Wiener Gemeinderat beauftragt. Die Aufgaben der WUA als Atomschutzbeauftragte umfassen die fachliche Beratung der politischen EntscheidungsträgerInnen, die Vertretung der Interessen Wiens bei bilateralen Gesprächen und ExpertInnenarbeitskreisen, die Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern, die Forcierung von Alternativen zur Kernenergie in den Nachbarstaaten, die Organisation von Veranstaltungen und Tagungen mit ExpertInnen und NGOs sowie die Aufbereitung von Informationen für die Wiener Bevölkerung.

Die WUA stellt sich vor

(von links nach rechts)

DI Henriette Raimund

Stadtplanung, Strategische Umweltprüfung, Verkehr

DI Wilfried Doppler

Stadtökologie, Naturschutz, Verfahren nach dem Naturschutzgesetz, der Bauordnung, dem Nationalpark- sowie dem Jagd- und Fischereigesetz

DI Marion Jaros

Klimaschutz, Beurteilung der Auswirkungen von Chemikalien auf Umwelt und Gesundheit

Mag. David Reinberger

Atomenergie, Energie, Allgemeine Fragen des technischen Umweltschutzes

Mag. Dr. Andrea Schnattinger

Wiener Umweltanwältin

Michael Grill

Budget, Controlling, EDV

Johanna Ritter

Bürgerservice, Büroleiterin, Personalangelegenheiten

Mag. Dominik Schreiber

Umweltökonomie, Projektleitung
Umweltmanagement PUMA

Sandra Marschler-Hagn

Büromanagement, Kanzlei, Publikationsversand

Romana Uhyrek

Öffentlichkeitsarbeit, Assistentin der
Umweltanwältin

Mag. Norbert Hörmayer

Gesetzes- und Verordnungsbegutachtungen,
Wahrnehmung der Parteistellung nach dem AWG
2002 und UVP-G 2000, Neue Rechtsvorschriften
und Judikatur, Rechtsauskünfte

DI Alfred Brezansky,

stellvertretender Leiter

Allgemeine Fragen des technischen Umweltschutzes, Abfallwirtschaft, Elektromagnetische Felder (Mobilfunk), Umweltmediation





15 Jahre Wiener Umwelthanwaltschaft

Die Wiener Umwelthanwaltschaft setzt in all diesen Bereichen Schwerpunkte wie zum Beispiel fundierte Informationen über die Homepage, grenzüberschreitende Projekte für SchülerInnen, oder auch die Organisation von Bürgerbeteiligung und Information wie jüngst zur grenzüberschreitenden UVP zu Mochovce 3 und 4. Die Aufgabe der Atomschutzbeauftragten unter dem Dach der Wiener Umwelthanwaltschaft macht es möglich rasch und effizient auf die durch externe Umstände diktierten Entwicklungen im Atombereich zu reagieren und die Interessen Wiens bestmöglich einzubringen.

Die Wiener Umwelthanwaltschaft arbeitet aktiv mit ihrem interdisziplinären Expertenteam an der Lösung heutiger und zukünftiger Probleme im Interesse einer lebenswerten und nachhaltigen Stadt mit. Sie kann dabei auf ein umfangreiches Netzwerk aus KollegInnen innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung zählen. Sie ist zu einer kompetenten und fachlich hochqualifizierten Ansprechpartnerin sowohl für Stakeholder, PolitikerInnen, für die Stadtverwaltung und besonders für BürgerInnen geworden.

Mag. Thomas Alge, Ökobüro

Die WUA ist für das ÖKOBÜRO seit vielen Jahren eine verlässliche und interessierte Kooperationspartnerin in vielerlei Hinsicht. Neben gemeinsamen Projekten wie Tagungen oder Workshops schätzen wir insbesondere die politische Zusammenarbeit etwa im Bereich Verkehr, Abfall, Lärmschutz, UVP oder Öffentlichkeitsbeteiligung. Uns verbindet weiters, dass sowohl ÖKOBÜRO als auch WUA die von Projekten und Umwelteinwirkungen betroffene Öffentlichkeit direkt durch Beratung unterstützen und dadurch ein gutes „Gespür“ für die umweltrelevanten Probleme der Menschen haben. Dieses Wissen setzen wir gemeinsam ein, um eine Verbesserung der politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen zu erreichen.

„Setzen Sie ein Zeichen für die Umwelt und wenden sie sich kostenlos an uns. Denn bedenken Sie immer: Unsere Um-

weltsünden gefährden die Lebensqualität der nächsten Generationen!“

Diese Sätze aus einer Broschüre der Wiener Umwelthanwaltschaft aus dem Jahr 1995 lassen die Aufbruchsstimmung spüren, mit der ein junges engagiertes Team von Umweltschützern angetreten ist, Sprachrohr von Natur und Umwelt zu werden. Sie haben immer noch Gültigkeit und die WUA trägt besonders mit ihrer Homepage, die sich mit umfassenden Informationen an die Öffentlichkeit wendet dazu bei, „Umweltwissen“ zu verbreiten – mit dem Ziel mündige BürgerInnen als PartnerInnen zu gewinnen.

Der Aufgabenbereich der Umwelthanwaltschaft ist seit ihrer Gründung enorm gewachsen, das Team der Wiener Umwelthanwaltschaft ein wenig. Es besteht nun aus 12 Personen, deren besonderes Engagement im Rahmen der Arbeit der Umwelthanwaltschaft auch in einer persönlichen Lebenseinstellung und Werterhaltung zum Umweltschutz begründet ist. Vielleicht ist auch das eines der Geheimnisse der Erfolgsgeschichte 15 Jahre Umwelthanwaltschaft in Wien.

Was bringt die Zukunft/oder wie hätten wir sie gerne?

Wien und damit auch die WUA werden sich in einem komplexen globalen Rahmen bewegen.

Hierzu gehören aus unserer Sicht unter anderem weltweit:

- das stetige Wachstum der Weltbevölkerung und die zunehmende Überalterung in den westlichen Industriestaaten,
- Verknappung bei fruchtbarem Boden und Süßwasser sowie bei fossilen Energieträgern und verschiedenen Metallen mit deutlichen Auswirkungen auf die Weltmarktpreise von Nahrung und essentiellen Rohstoffen,
- Klimawandelrisiken, insbesondere auch die Sensitivität von Naturkapital und wertvollen Ökosystemen,
- die wachsende Schere zwischen Reich

und Arm und Entdemokratisierungsprozesse im heutigen Wirtschaftssystem,

- technologische Innovationen (erneuerbare Energien, Nanotechnologie, ...),
- Veränderungen des menschlichen Bewusstseins in einer zunehmend verletzbareren Welt und gleichzeitig laufend stärker vernetzten Informationsgesellschaft

Die sich aus diesen globalen Entwicklungen ergebenden Notwendigkeiten für eine international agierende und vernetzte Großstadt wie Wien sind aus unserer Sicht nicht unerheblich, insbesondere, wenn die hohe Lebensqualität Wiens erhalten und weiter ausgebaut werden soll.

Die Urbanisierung der menschlichen Gesellschaft schreitet zudem mit großer Geschwindigkeit voran und Städte sind weltweit die treibende Kraft für die meisten ökonomischen, ökologischen und sozialen Entwicklungen. Sie sind jene Orte, an denen die Lösungsansätze für die zentralen Fragen unserer Zeit erarbeitet und vorrangig umgesetzt werden müssen. Dabei sind ihre Dichte, ihr kreatives Potenzial und ihre Vielseitigkeit bereits Teil der Lösung.

Univ.-Doz. Dr. Stephan Schwarzer, Wirtschaftskammer Österreich

Umwelthanwälte sind nicht nur Anwälte des Umweltschutzes im Interesse der Menschen, die sich an sie wenden. Sie helfen auch mit, einen vernünftigen Ausgleich zwischen Anrainer- und Gemeinschaftsinteressen und zwischen Ökologie und Ökonomie zu finden. Die Wirtschaft anerkennt das Bemühen der Wiener Umwelthanwaltschaft um Fairness und Kooperation. Herzlichen Glückwunsch zum 15. Geburtstag!

Die Einsicht, dass die Verknappung von Energie und Ressourcen einen großen Aufschwung für neue Umweltechnologien, technologische Innovationen und den wirtschaftlichen Einsatz von erneuerbaren Energieträgern bringen kann, ist nicht genug. Wenn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der bestehenden

Form aufrecht erhalten werden, ist die Folge, dass Technologiesprünge und Effizienzmaßnahmen an anderer Stelle im System wieder „verbraucht werden“.

Die eigentliche Herausforderung besteht daher in einer echten Restrukturierung zur Nachhaltigkeit. Das heißt, dass eine Entkopplung von Wohlstand und Lebensqualität von Ressourcenverbrauch erstmals dringend notwendig wird. Soziale, wirtschaftliche und umweltbezogene Folgen der Klimaveränderung werden weltweit zunehmen. Auch Wien, das sicherlich geographisch begünstigt liegt, wird sich mit dem Thema der Klimaanpassung vermehrt auseinandersetzen müssen, vor allem unter dem Aspekt des Bevölkerungswachstums in der Stadt. Um unter diesen Umständen die hohe Lebensqualität und Umweltqualität in Wien weiter zu erhalten oder gar zu verbessern, werden neue Wege der nachhaltigen Stadtplanung mit besonderer Weitsicht und Verantwortung gestaltet werden müssen.

Vor diesem Hintergrund kommt der Umwelthanwaltschaft, die in dieser Form einzigartig in Europa ist und deren Modell immer wieder großes Interesse und Beachtung hervorruft, auch zukünftig eine wichtige Bedeutung zu. Die Umwelthanwaltschaft wird auch zukünftig eine wichtige und bedeutende Rolle als Link zwischen Politik, Verwaltung, NGOs und BürgerInnen haben. Ebenso wichtig ist die Vertretung von Umweltschutzinteressen in allgemeinen Planungsprozessen, bevor konkret betroffene BürgerInnen eingebunden sind. Die vordringlichsten Problemfelder der Stadt von Morgen können durch nachhaltigen Städtebau in die richtige Richtung gelenkt werden. Der schonende Umgang mit Grund und Boden, bewusster Einsatz von Energie und Wasser, die Reduktion von Verkehr, Abfall und Emissionen und die Lösungen sozialer Spannungen sind heute bereits Notwendigkeiten der Stadtplanung.

Die Auswirkungen der persönlichen Art der Fortbewegung müssen soweit kommuniziert werden, dass Mobilität selbstverständlich „multimodal“ gelebt wird. Die individuelle Kombination der unter-

schiedlichen Verkehrsträger (öffentlicher Verkehr, Rad, zu Fuß gehen, Auto, ...), die einander ergänzen, jedoch keinesfalls konkurrieren, soll zukünftiges Verkehrsverhalten der Menschen in Wien (und in der Region!) auszeichnen.

Martina Malyar, Bezirksvorsteherin für den 9. Bezirk


Die Wiener Umwelthanwaltschaft – kurz WUA – steht für:
**Wissens-Kompetenzzentrum,
 Unabhängigkeit, Umwelt,
 Atomschutz, Aktionsplan Klimaschutz**
 Ich gratuliere Euch zu 15 Jahren Arbeit für die nachkommenden Generationen von Wienerinnen und Wienern!“

Vor dem Hintergrund von Bevölkerungswachstum wird – vor allem ungestaltete – Natur mehr und mehr zum vermeintlichen „Luxus“. In städtischen Agglomerationen werden zahlreiche Ansprüche an den knappen Freiraum gestellt, sodass Fauna und Flora an den Rand gedrängt werden können. Dennoch ist es eine Tatsache, dass Städte artenreich sind. Städte bieten vielfältige Strukturen, Kleinstandorte, Nutzungsintensitäten und ökologische Nischen. Die Artenzahlen sind an der Grenze zwischen bebautem und unbebautem Gebiet am höchsten. Zusätzlich gilt, je größer die Stadt desto höher die Artenzahlen. Unter dem Aspekt der Klimaanpassung zur Milderung städtischer Wärmeinseln wird die Aufrechterhaltung von hochwertiger Bepflanzung, auch mit Hilfe innovativer Methoden, wie Dach- und Gebäudebegrünung, immer wichtiger. Der Verbrauch von Natur sollte in Zukunft vom Verursacher ausgeglichen und Bauwerke auch als Lebensraum für Tiere und Pflanzen konzipiert werden.

Die Laufzeitverlängerung bestehender KKW ist im Atomschutz das Thema der nächsten Jahre. Neubauten werden nicht zuletzt auf Grund der wirtschaftlichen Situation aber auch aus ökonomischen Überlegungen voraussichtlich die Ausnahme sein.

Durch die Anforderungen des Klimaschutzes und den stark gestiegenen

weltweiten Handel mit Produkten des täglichen Gebrauchs, ist beinahe jede Konsumentscheidung und jedes wirtschaftliche Handeln auch auf seine ökologischen und sozialen Auswirkungen zu prüfen. Hinzu kommt, dass viele Ressourcen wie sauberes Wasser, fruchtbarer Boden, Energieträger und Metalle auf globaler Ebene definitiv knapp werden. Die Welt ist zu klein geworden für die Erfüllung aller Ansprüche an sie. Mit dieser völlig anderen Herausforderung für sowohl den umweltbewussten und sozial denkenden Bürger als auch für Politik und Wirtschaft, muss sich die WUA intensiv auseinandersetzen.

Der Kernbereich vom Umweltbewusstsein zum verantwortungsvollen persönlichen Handeln zu gelangen, ist immer noch ein schwieriger Schritt. Dazu kann und will die Wiener Umwelthanwaltschaft auch zukünftig versuchen durch authentische Bildungs-, Informations- und Überzeugungsarbeit ihren Beitrag zu leisten. Der Weg dazu wird auch weiterhin nicht im Polarisieren und in der Konfrontation liegen, sondern darin, anderen Meinungen und Ansichten Wertschätzung entgegenzubringen und aus dieser Haltung mit fachlichen Argumenten zu überzeugen, um schließlich Anliegen vom Hirn auch in die Herzen zu befördern! 

Impressum:

Medieninhaberin und Herausgeberin:
 Wiener Umwelthanwaltschaft,
 Muthgasse 62, 1190 Wien
 Tel.: 01/37979/0
 E-Mail: post@wua.wien.gv.at
 web: www.wua-wien.at
 Redaktion: Romana Uhyrek
 Gestaltung: DYNAMOWIEN
 Druck: Gugler cross media,
 3390 Melk, gedruckt auf ökologischem Druckpapier aus der Mustermappe von „ÖkoKauf Wien“ und nach der Richtlinie „Schadstoffarme Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, UWZ 609.



